

**Interpellation Oppliger-Sennwald:
«Finanzierung von Tierheimkosten verursacht durch die Öffentlichkeit**

Tierheime werden von privaten Trägerschaften geführt, welche nicht mit öffentlichen Mitteln finanziert werden. Der Dienst dieser Tierheime wird einerseits mit privaten Beiträgen und andererseits mit viel ehrenamtlichem Engagement geleistet. Wenn nun der Staat, z.B. die Polizei, jemandem die Haustiere wegnehmen muss oder sie irgendwo aufgreift, gibt sie diese Tiere einfach in einem Tierheim ab. Dieses Tierheim muss sich dann auf eigene Kosten um die Tiere kümmern, ohne dass es Lösungen für diese Tiere suchen darf. Das Problem ist, dass sich diese Tiere ja häufig noch im Eigentum einer Person befinden – das Tierheim kann das Tier nicht einfach an eine geeignete Person weitervermitteln. Die Erfahrung zeigt auch, dass entsprechende Eigentümer bei der Rücknahme der Tiere meist nicht willig oder auch nicht in der Lage sind, dem Tierheim die aufgelaufenen Kosten zurückzuerstatten.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat die Regierung Kenntnis von dieser unbefriedigenden und für die Tierheime belastenden Situation?
2. Wie viele Tierheime im Kanton sind von dieser Problematik betroffen und müssen jeweils Tiere von der Polizei übernehmen?
3. Hat die Anzahl der von der Polizei abgegebenen Tiere in letzter Zeit zugenommen, weil viele Leute wegen der Covid-Pandemie Tiere anschafften, welche jetzt «entsorgt» werden?
4. Welches Departement wäre eventuell zuständig, sich dieser Problematik anzunehmen?
5. Sieht die Regierung eine Möglichkeit, die Kosten für die Pflege und Fütterung dieser Tiere, die von der Polizei oder anderen Staatsstellen bei Tierheimen abgegeben werden, sicherzustellen?»

14. Februar 2022

Oppliger-Sennwald